BAHNÜBERGANG

Angst vor einem Schildbürgerstreich

VON UNSEREM MITARBEITER **WERNER BAIER**

Pettstadt – Der Bahnübergang auf dem Weg zum „Schwarzen Tännla" bleibt im Gemeinderat auf der Tagesordnung. Es geht um die Überquerung der Bahnstrecke Strullendorf-Schlüsselfeld am westlichen Ortsrand von Pettstadt. Sie verbindet die äußere Bahnstraße mit der Verlängerung des äußeren Kaulbergs.

„Nicht verkehrssicher" konstatierten Vertreter der Bayerischen Regionaleisenbahn, des Landeseisenbahnaufsichtsamtes, der Regierung von Mittelfranken und des Landratsamtes bei einem Ortstermin gegenüber der Gemeindeverwaltung. Die Behördenvertreter fürchten bei der jetzigen Verkehrsführung, dass beim Abbiegen im spitzen Winkel Fahrzeuge auf dem Bahndamm liegen oder hängen bleiben und den Zugverkehr in Gefahr bringen könnten. Zur Zeit fährt werktags höchstens ein Güterzug täglich in beide Richtungen.

Nach einer ersten Beratung im Gemeinderat erstellte Verwaltungsleiter Roland Hack einen Beschilderungsplan: Sechs Verkehrszeichen wären nötig, um zu reglementieren, dass Autos, Lastwagen oder landwirtschaftliche Fahrzeuge nur diagonal über den Bahndamm rollen.

Das Problem mit Hilfe von Verkehrszeichen zu lösen, hatte zuletzt FWG-Gemeinderat Jochen Hack empfohlen. Allerdings hatte er sich „keinen Schilderwald" vorgestellt. Finanziell käme die Gemeinde auf diese Weise mit ein paar hundert Euro davon, während die große bauliche Lösung, nämlich eine x-förmige Schienenquerung einen sechsstelligen Betrag verschlingen würde. Ein Ausbau rechne sich vielleicht auch nicht, weil die Bahnstrecke auch aufgelassen werden könnte, meinte Jochen Hack.

Der Geschäftsleiter berichtete, dass die Verkehrsbehörden mit seinem Beschilderungsplan einverstanden seien. Bei der geringen Frequentierung des Bahnübergangs und der guten Übersichtlichkeit würde damit dem Anliegen, die Sicherheit zu erhöhen, Genüge getan, habe man ihm signalisiert.

CSU-Gemeinderat Alexander Hummel fürchtete in dem Konzept einen Schildbürgerstreich und äußerte die Vermutung, dass sich an diese Regelung niemand halten werde.

Hummel fand schließlich bei einer Gegenstimme Anklang mit dem Vorschlag, zunächst zu eruieren, welche Kosten für die Planung eines x-förmigen Ausbaus entstünden und mit welchen Zuschüssen die Gemeinde rechnen dürfe.

Ferner soll die Gemeindeverwaltung prüfen, ob man die Verkehrsregelung statt mit neuen Verkehrszeichen an den Straßenrändern auch durch Bemalung der Straßenbeläge erreichen könne.